

Resolution

Am 25. und 26. März 2010 fand in Riva del Garda (TN) eine Tagung des **Interregionalen Gewerkschaftsrates Zentralalpen IGR-ZA** mit Gewerkschaftern/Innen aus Tirol, Südtirol, Trient, Belluno und Graubünden zum Thema Steuervergleich zwischen Italien, Österreich und der Schweiz statt. Experten/Innen aus den drei Ländern informierten die Teilnehmer/Innen über die jeweiligen Steuersysteme und ihre Besonderheiten. Das Thema Steuern hat zur Zeit deshalb besondere Aktualität, weil in ganz Europa von den Regierungen Überlegungen zur Sanierung der Budgets angestellt werden.

2010 wird das Jahr, in dem die Politik in Europa darüber entscheidet, wie die Schulden abgebaut werden sollen, die im Zuge der Krise und ihrer Bekämpfung entstanden sind – u. a. um Bankenpakete und Konjunkturpakete zu finanzieren. Zwei Worte tauchen beim Thema Schuldenabbau immer wieder auf: ausgabenseitig und einnahmenseitig. Soll man weniger Geld ausgeben – zum Beispiel bei Pensionen, Gesundheit und Sozialleistungen? Oder soll man mehr Geld einnehmen – zum Beispiel mit höheren Beiträgen von Vermögenden oder von FinanzspekulantInnen.

Viele Menschen haben mit Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Einkommensverlusten schon genug Beiträge zur Bewältigung der Krisenkosten geleistet – nun sind andere dran.

Die Anhebung der vermögensbezogenen Steuern auf ein einheitliches Europäisches Niveau würde frisches Geld in viele europäische Staatshaushalte bringen.

Das wäre nicht nur kurzfristig ein Beitrag zur Budgetsanierung, sondern langfristig auch der dringend fällige Beitrag von Vermögenden zur Sicherung der Sozialsysteme.

Die Teilnehmer/Innen am Treffen des IGR – ZA in Riva del Garda am 25. und 26. März 2010 mussten zur Kenntnis nehmen, dass in den drei Ländern Arbeit wesentlich höher besteuert wird als Vermögen.

Der Vergleich der Steuersysteme von Schweiz, Italien und Österreich zeigt eine unverhältnismäßige Besteuerung von Arbeit und Vermögen. Die Besteuerung der Arbeit ist der größte Teil der Einnahmen der Staaten während das Steueraufkommen aus Vermögen sehr viel niedriger ist.

In diesem Zusammenhang ist besonders dringend, mit Bezug auf die Doppelbesteuerung der Grenzpendler/Innen, eine Harmonisierung des Steuerrechts anzugehen,

Die Wirtschaft erholt sich, Aktienkurse steigen, während in Europa die Arbeitslosigkeit überall ansteigt – wir müssen jetzt die richtigen Lehren aus der Krise ziehen. Es geht um einen Systemwechsel mit mehr Beiträgen von Vermögenden zum Gemeinwohl. Es muss ein Ziel unserer Gesellschaft sein, ein Umdenken einzuleiten, den Sozialstaat zu sichern, zu stärken und auszubauen. Es gibt viele Ressourcen, sie sind nur falsch verteilt. Daher: **FAIR TEILEN.**

Die Delegierten des Interregionalen Gewerkschaftsrates Zentralalpen (IGR-ZA) fordern daher mehr Verteilungsgerechtigkeit:

- Eigenständige, progressive Vermögensbesteuerung mit Freibeträgen (z. B. für Einfamilienhäuser)
- Finanztransaktionssteuer

- Steuer auf Spekulationsgewinne
- keine Sonderentlastungen für Unternehmen außer bei Forschung und Entwicklung
- Unternehmenssteuern: Lücken schließen
- Steuerliche Entlastung für ArbeitnehmerInnen und RentnerInnen niedrigen bis mittleren Einkommens und Familien
- Überprüfung des Abgabensystems auf seine verteilungspolitische Effizienz
- Strenge und effektive Aufsicht über den Finanzsektor
- Wertpapierkauf darf nicht als Investition steuerlich begünstigt werden
- Manager-Einkommen unabhängig von den Aktienkursen – Verbot von Stock-Options als Bezahlung
- Reformierte Erbschafts- und Schenkungssteuer
- Regelmäßige KV- und Ist-Lohn-Erhöhungen in allen Verhandlungsebenen
- Erhöhung der Entwicklungshilfe-Ausgaben zum nachhaltigen Sozialaufbau im Süden und Osten der Welt.

Riva del Garda, am 26. März 2010